Protokoll:

Rm Dr. Gross (BIZ) erläutert, dass die Beschlussfassung und die Beschlussvorlage zum Freiflächenkonzept Zentralplatz noch viele Fragen über die Verhandlungsführung der Stadt gegenüber dem Investor offen ließe.

Fraglich bleibe rückblickend, wieso die Stadt die Sanierungsverpflichtung des Investors seit 2004 nicht einfordere, aber den Abriss jetzt mit Steuergeldern bezahlen lasse und warum der Investor nun, entgegen der Planung, anstatt einer Tiefgarage eine Dachgarage bauen dürfe. Damit werde die Verkaufsfläche zu Lasten der öffentlichen Platzfläche wesentlich vergrößert.

Außerdem fragt er, warum die Fassade nun anderes gestaltet werden dürfe, obwohl im städtebaulichen Vertrag im Wettbewerbsergebnis eine durchgehende Glassfassade als bindend festgelegt worden sei. Man habe die Beschlüsse im Stadtrat mit Hilfe der Landesregierung und falschen Zeitvorstellungen durchgedrückt und die Verträge hinter verschlossener Tür, laut Rheinzeitung noch schnell vor der Wahl, beschlossen. Alle Ziele der Sanierungssatzung habe man aufgegeben wie z. B. die Reduzierung der Verkehrsbelastung, die Aufwertung des Platzes, die Rückgewinnung des Quartiers für Fußgänger und die Nutzung als Wohngebiet. Niemand habe zugegeben, dass der Ausbau des veredelten Rohbaus viel teurer werde, obwohl man dies bereits schon von den Juroren im Schloss gesagt bekommen habe. Des Weiteren würden sich die Unterhaltskosten des Kulturbaus vervielfältigen und durch die dreißigjährige Bindung des Mietkaufs müsse man alle anderen Projekte der Stadt in Frage stellen. Trotz der jetzigen Haushaltslage habe man sich darauf eingelassen, obwohl an Allem anderen gespart werden müsse.

Der größte Anteil der Lärmschutzmaßnahmen, die durch das Einkaufszentrum verursacht würden, ginge zur Lasten der Stadt. Die Stadt habe durch Abschluss der Erstvermietung keinen Einfluss mehr auf Nutzung des Einkaufszentrums. Das Grundstück sei preiswert veräußert worden.

Es sei bekannt, dass das Einkaufszentrum auf jeden Fall gebaut werden dürfe, auch wenn der Kulturbau nicht zustande komme. Im Gegensatz zu Trier oder Mainz habe man es verpasst, einen Konsens zu bilden.

Der Trichterplatz sei an seiner engsten Stelle 12 m breit und biete aufgrund der Zugluft wenig Aufenthaltsplatz. Die 6000 qm seien nur durch die Hinzurechnung der Straßen erreichbar. Er ist außerdem der Meinung, dass der Rückbau der Fußgängerunterführung nicht gelingen werde; der Verkehr ließe dies nicht zu. Der Platz sei zu klein für entsprechende Außengastronomie und

Großveranstaltungen. Die vorgesehene Platzgestaltung offenbare die Misere der Verhandlungsführung der Stadtspitze und die Umsetzung dieser zentralen städtebaulichen Maßnahme. Die BIZ-Fraktion stimme diesem Grundsatzbeschluss konsequenter Weise nicht zu.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann stellt fest, dass es sich bei allen Sätzen, bis auf den letzten, des Rm Dr. Gross um Unterstellungen handele, die nicht richtig seien. Man habe immer gesagt, dass der Platz 6000qm habe und auch die Behauptung, dass der innerstädtische Einzelhandel geschädigt sei habe man in mehreren Gutachten abgesichert. Selbst ein Konsens liege vor. Es handele sich hierbei um wirklich falsche Unterstellungen. Dass man die Verträge hinter verschlossenen Türen geschlossen habe, sei eine gesetzliche Konsequenz, da diese der nichtöffentlichen Sitzung zugeteilt seien.

Die große Mehrheit des Rates habe dies alles so gewollt. Bezüglich des Grundstückspreises habe man mehrere Gutachten und ein vermittelndes Obergutachten durch das Landesamt eingeholt. Dessen Empfehlungen sei man dann gefolgt.

Rm Assenmacher (CDU) erklärt, dieser heutige Beschluss sei ein wichtiger Schritt um die bisherigen Planungen zu vollenden.

Es handele sich hierbei unstreitig um ein öffentliches Gebäude mit Ausschreibungspflicht, und somit sei auch die Frage nach „Kunst am Bau“ gegeben.

Nach der derzeitigen Platzkonzeption sei für die Platzierung „Kunst am Bau“, seiner Meinung nach kein Platz vorgesehen. Es handele sich hierbei um einen relativ kleinen Platz und das Wasserspiel sei so konzipiert, dass es abgeschaltet werden könne um Marktstände und Veranstaltungen wie erhofft stattfinden zu lassen. Jedoch führe dies zu Mehrkosten, weil vorher niemand gewusst habe, dass dies so geplant sei.

Sämtliche Diskussionen bezüglich der Mehrkosten durch die Marktstände seien im verschlossenen Raum ausgetragen worden, denn man habe die Mehrkosten nicht voraussehen können. Man werde ein Wasserspiel bekommen, obwohl der Kulturausschuss erklärt habe, man wolle keine weiteren Brunnen mehr in Koblenz, da man sich diese nicht mehr leisten könne. Hier entstehe ein neuer großer Brunnen in Millionenhöhe.

Die Verwaltung lege heute einen Kompromiss vor, indem man versuche, die ganze Sache abzurunden.

Man habe bei dieser Platzgestaltung die Aussage gemacht, dass Gastronomieplätze ausreichend vorhanden seien. Diese seien jedoch nicht auf dem Zentralplatz selbst, sondern an der Hausfront angeordnet und zögen sich bis in die Clemensstraße hoch. Unklar sei, wie diese Darstellung gemeint sei.

Rm Assenmacher (CDU) möchte wissen, wie groß der Platz sei, wie viel Fläche für Veranstaltungen zur Verfügung stehe und wie das Verhältnis zur Gastronomiefläche sei, denn dies könnte man den Sitzungsunterlagen nicht entnehmen.

Man habe für das Grün schwierige Standortverhältnisse und müsse nun versuchen, ausreichend grüne Fläche zu bekommen. Aufgrund der Wurzelung werde es auf dem Trichterplatz keine Bäume geben sondern Sträucher. Dies solle nur veranschaulichen, dass die ganze Sache an sich noch nicht ausgereift sei.

Er werde dieser Vorlage nicht zustimmen.

Beigeordneter Knopp erklärt, man werde selbstverständlich beim Einsatz öffentlicher Gelder die entsprechende Verwaltungsvorschrift „Kunst am Bau“ berücksichtigen. Kunst am Bau könne ganz unterschiedliches bedeuten, von einer Skulptur, aufgestellt im öffentlichen Raum, bis hin zur Vornahme einer Wandbemalung.

Aus der Vergangenheit könne man hier die Skulptur in der Turnhalle Lay sowie die Kunstwerke vor den Berufsbildenden Schulen nennen.

Man werde hier eine Kommission unter fachkundiger Leitung bilden, in Zusammenarbeit mit dem Kulturredirektor, den Museen und mit dem Baudezernat.

Er sehe hier nicht die Problematik, dass unbedingt auf der Platzfläche noch etwas dazugestellt werden müsse, sondern man habe auch die Möglichkeit, am oder im Gebäude selbst Kunst am Bau zu realisieren. Er schlägt vor, dies auch einem entsprechenden Wettbewerb zu überlassen. Insofern sei es verkehrt zu sagen, man habe zu wenig Platz, denn es gebe sicherlich auch noch andere Möglichkeiten. Dies werde man weiterhin erläutern, wenn der Bau kurz vor der Fertigstellung stehe.

Rm Assenmacher(CDU) stellt fest, dass die Antwort des Herrn Knopp an sich nicht falsch sei, aber der Beschluss der Platzkonzeption nicht in sich trage, dass Kunst am Bau ein Flächengebilde innerhalb des Gebäudes sein solle, sondern es absolut offen sei, ob es innerhalb des Gebäudes an der Fläche ist oder eine Skulptur im Straßenraum werden solle.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann stimmt ihm zu, dass dies noch offen sei und man von der Schrittfolge zuerst den Gebäudebau abwarten solle.

Der Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Mehlbreuer erläutert, dass das, was sich die Fraktion ursprünglich vorgestellt habe, nämlich eine Grüne Mitte, heute nicht realisiert werde.

In der Auslobung gebe es 50 Seiten was die Stadt Koblenz alles wolle, insbesondere auch bezüglich der Platzgestaltung und nur lediglich drei Absätze zum Einzelhandel. Das Verhältnis habe so nicht gepasst, weil im jetzigen Beschluss genau das Gegenteil der Fall sei.

Die Fraktion werde dem nicht zustimmen.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke führt aus, man habe viel Abstriche machen müssen bezüglich der Platzgestaltung. Man habe eigentlich eine Markthalle gefordert, deren Entwurf schon vorlag, und welcher verworfen wurde. Jetzt habe man laut Plan noch die Möglichkeit, bis zu 30 Stände auf dem Platz anzuordnen. Fraglich bliebe jedoch, ob dies auch umgesetzt werde, da er das Gefühl habe, die Stadt sei nicht ausreichend daran interessiert, einen guten Wochenmarkt zu schaffen. Man hoffe, dass dies auf dem neuen Zentralplatz verwirklicht werde.

Oberbürgermeister Schulte-Wissermann merkt an, dass diese Konzeption gerade aufgrund des hohen Interesses die Möglichkeit eines Marktes enthalte. Die Infrastruktur solle so gestaltet werden, dass jederzeit ein Wochenmarkt organisiert werden könne.